

Nahrungsmittelspekulation

Zwischen Hungerrevolten und Börseneuphorie

▷ Nahrungsmittel sind begehrt – auch als Objekt der Börsenspekulation. Der Ruf nach einer besseren Regulierung wird lauter, zumal die schwankenden Lebensmittelpreise in vielen Teilen der Welt zu grossen Problemen führen. Doch ist die Spekulation nur negativ? Wo müsste man den Hebel ansetzen?

«Knappe Nahrung, grosse Chancen: Warum sich ein Investment lohnt», lockte die UBS im Februar 2008 die Anleger. «Das Gold liegt auf dem Acker», titelte die «Frankfurter Allgemeine» im Januar 2012. Investitionen in landwirtschaftliche Güter wirkten verführerisch. Ein Run auf Rohstoffanlagen setzte ein. 2003 waren die Finanzinvestoren nur mit 13 Milliarden Dollar auf den Rohstoff-Derivatemarkten engagiert. Im Frühjahr 2013 waren es 33-mal so viel – nämlich 430 Milliarden. Und damit sind kaum alle Investitionen gezählt. Vieles lässt sich nicht genau beziffern, weil der Handel mit Rohstoffanlagen oft ausserhalb der Börsen abgewickelt wird.

Börseneuphorie und Hungerrevolten

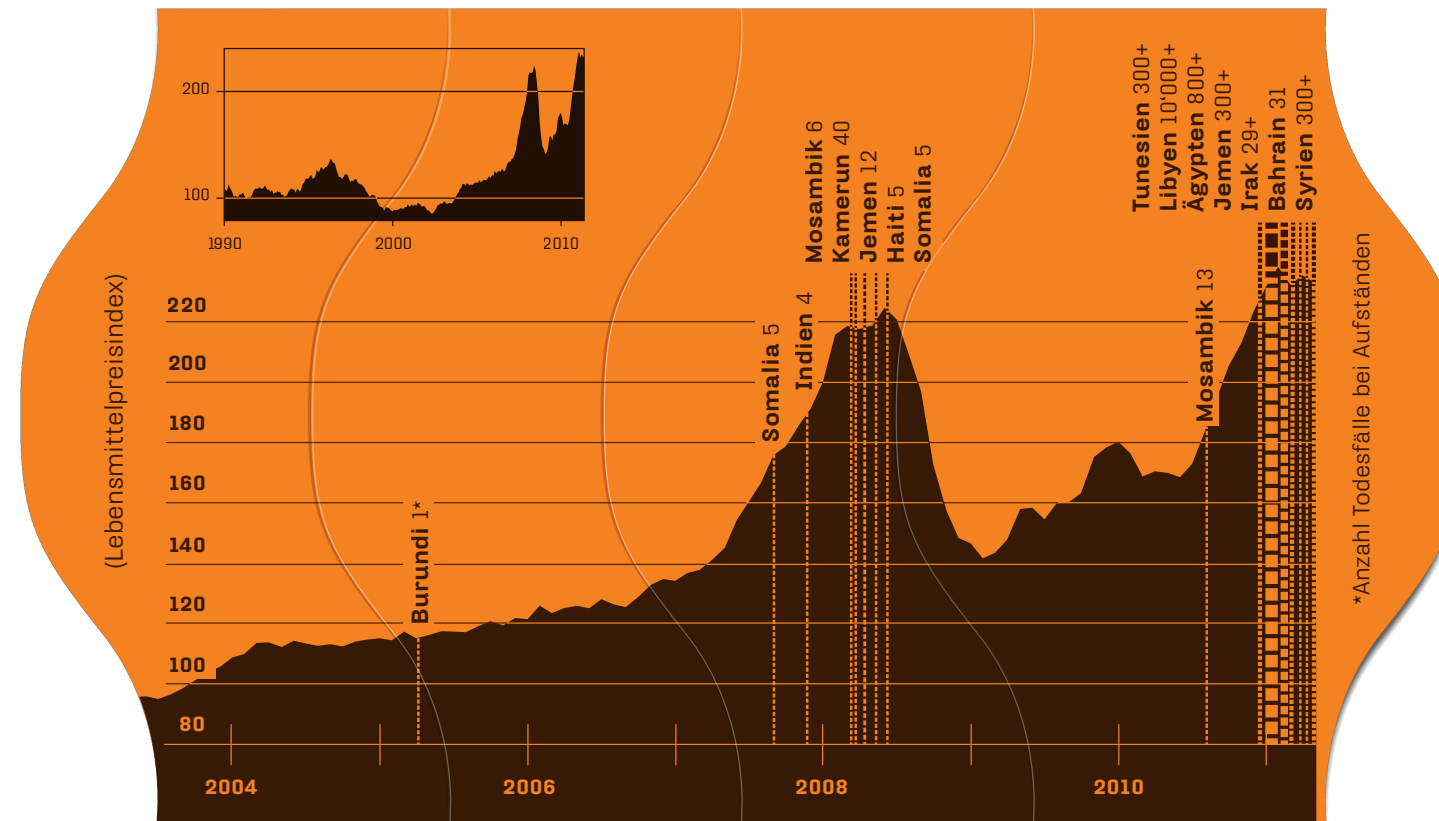
Der Investitionsboom fand gleichzeitig mit chaotischen Preisbewegungen auf den Nahrungsmittelmärkten statt. Bis 2002 zeigte das Preisbarometer nach unten. Darauf folgte die Wende – vorerst noch wenig spektakulär. 2007 drehte die «Fieberkurve» dramatisch nach oben. Weizen, Mais, Soja und Reis verteuerten sich massiv, um 50, 100 oder gar mehr Prozent. Fast ebenso schnell und stark wie die Preiskurve der begehrten Agrarwaren nach oben schnellte, stürzte sie wieder ab. Und kaum war der Tiefpunkt erreicht, folgte 2010 der nächste Richtungswechsel nach oben, der ein Jahr später zu neuen Rekordwerten führte. Darauf brachen die Kurse erneut ein – auch wenn die Agrarpreise seither im Vergleich zu Anfang des Jahrtausends auf hohem Stand verharren. Immerhin sind sie seit 2013 vergleichsweise stabil. Doch die Folgen waren dramatisch. Statt den Hunger in der Welt massiv zu reduzieren, wie es die Staatengemeinschaft in den UNO-Millenniums-Entwicklungszielen versprochen hatte, verursachte die Krise von 2007/08 mehr Hunger in der Welt. Fast eine Milliarde Menschen litt darunter. Eine Studie des britischen «Over-

seas Development Institute» hat ergeben, dass sich die Nahrungsmittel in 22 von 37 untersuchten Ländern um 20 Prozent verteuert haben, in 9 Ländern gar um mehr als 50 Prozent. In Pakistan nahm die Armut um 35 Prozent zu. In Äthiopien mussten die Menschen ihren Kalorienkonsum um einen Viertel reduzieren. In Dutzenden von Ländern kam es zu Hungerrevolten – in Nordafrika, im Nahen Osten und in anderen Weltregionen (siehe Grafik rechts).

Der enge Zusammenhang von stark steigenden Nahrungsmittelpreisen und sozialer Unrast überrascht nicht. Denn die meisten Menschen in armen Ländern müssen mehr als die Hälfte, oft sogar 80 und mehr Prozent ihrer Einkünfte für die Ernährung ausgeben (zum Vergleich: in Mitteleuropa sind es ca. 15 Prozent). Verteuern sich aber die Nahrungsmittel um 20 oder noch mehr Prozent, kann das bereits tödlich sein.

Ist die Spekulation schuld?

Der Verdacht liegt nahe: Der Run der Investoren an die Börsen und die wilden Preisveränderungen hängen eng zusammen. Nicht-Regierungsorganisationen mobilisierten deshalb gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die deutsche «Foodwatch» prangerte die in diesem Geschäft stark involvierten Banken und Versicherer als «Die Hungermacher» an. Die Entwicklungsorganisation Oxfam forderte: «Spekulanten in die Schranken». Die Schweizer Jungsozialisten lancierten die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» (siehe S. 9). Wissenschaftler aus aller Welt fragten nach den Hintergründen der Preisexplosion. Ist die neu entfachte Spekulation mit Nahrungsmitteln tatsächlich schuld? Oder sind andere Gründe dafür verantwortlich? Sogenannt fundamentale Faktoren? Weil das Angebot nicht Schritt hält mit der kontinuierlich steigenden Nachfrage? Eines ist gewiss: Dass Nahrungsmittel teurer werden, überrascht nicht. Denn die Zahl der Erdenbewohner steigt und mit ihr die Nachfrage. Täglich werden wir rund 200'000 Menschen mehr. Hunderte von Millionen Menschen in China, Indien oder Brasilien, die sich vor zehn Jahren nur knapp ausreichend ernähren konnten, verfügen heute über deutlich höhere Einkommen. Sie



△ Aufstände der letzten Jahre in verschiedenen Entwicklungsländern lassen sich mit dem Lebensmittelpreisindex der UNO in einen Zusammenhang bringen, so auch die als «Arabischen Frühling» bekannt gewordenen Aufstände in Nordafrika. Quelle: New England Complex Systems Institute

können sich mehr leisten. Sie ändern ihre Essgewohnheiten und reichern ihre Speisen vermehrt mit Fleisch an. Das alleine erhöht merklich die Nachfrage nach Nahrungs- bzw. Futtermitteln. Dazu kommt der Trend zu Agrartreibstoffen. Die USA und die EU haben entschieden, den Treibstoffen Benzin und Diesel vermehrt Mais, Zucker und Palmöl beizumischen. Diese Lebensmittel füllen Tanks statt die Mägen der Menschen. Es ist offensichtlich: Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln steigt. Im Kontrast dazu entwickelte sich das Angebot. Es wurde wenig investiert. Viele Entwicklungsländer – nicht zuletzt die ärmsten unter ihnen – vernachlässigten die Landwirtschaft. Staatliche Dienste für Beratung und andere Unterstützungsmassnahmen für die Bauern wurden abgebaut oder gar aufgehoben. Die Entwicklungshilfe der reichen Länder und von spezialisierten Gross-Agenturen wie der Weltbank richteten ihr Augenmerk auf alle möglichen Bereiche, aber immer weniger auf die Unterstützung der Bevölkerungen in den ländlichen Regionen. Schliesslich droht der Klimawandel die Agrarproduktion in vielen Regionen zu bremsen.

Die Wissenschaft ist nicht eindeutig

Das Chaos auf den Agrarbörsen hat einen Boom an Studien ausgelöst. Sie versuchen, die verschiedenen

Faktoren hinter den steigenden Preisen zu gewichten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschten mit Zahlenreihen über das Geschehen an den Börsen und ausgeklügelten theoretisch fundierten Modellen nach den eigentlichen Treibern der unsteten Entwicklung. Unbestritten ist, dass fundamentale Markt Faktoren die Preisentwicklung prägen. Schlechte Ernten wirken preistreibend, ebenso tiefe Lagerbestände und die Konkurrenz der Agrartreibstoffe. Der generell steigende Preistrend seit 2003 lässt sich durch die sogenannten fundamentalen Faktoren erklären. Das gilt auch für die nächsten Jahre. Die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO prognostiziert deshalb weiterhin steigende Preise.

Strittig ist der Einfluss der Spekulation. Die zahlreichen Studien brachten bisher keine Klärung. Die Wissenschaft ist sich bisher nur einig darin, dass sie uneinig ist. Konträre Positionen prallen zuweilen hart aufeinander. Für den Wirtschaftsethiker Ingo Pies von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gibt es keine empirische Evidenz dafür, dass die Finanzmarktspekulation zu höheren Preisen, stärkeren Schwankungen und zur Blasenbildung auf den Börsen geführt hat. Er kam zu diesem Schluss nach der Auswertung von 35 Studien,

*Anzahl Todesfälle bei Aufständen

die sich mit der Spekulation auf den Agrarmärkten befasst haben (siehe 1. Link auf S. 8). Pies meint sogar, dass die Spekulation mit Sicherheit positive Auswirkungen habe. Diese Schlussfolgerung bezeichnet der an der Universität Bremen lehrende Agrarökonom Hans-Heinrich Bass als «vermessen». Er wirft der Halle-Studie schwerwiegende Schwächen vor. Bass kommt in der Ende 2013 publizierten Studie über den aktuellen Stand der Wissenschaft im Widerspruch zum Wirtschaftsethiker Ingo Pies zum Ergebnis, dass es «einander ergänzende For-

schungsergebnisse gibt, die einen Zusammenhang zwischen exzessiver Spekulation (...) und den Preispitzen der Jahre 2008 und 2011 nahelegen».(siehe 2. Link auf S. 8)

Allzu viel ist zu riskant

Auch wenn die Wissenschaft ihr letztes Wort nicht gesprochen hat: Manche Veränderungen auf den Agrarmärkten stimmen skeptisch gegenüber der Spekulation. Früher entwickelten sich die Rohstoffpreise gegenläufig zu den Kursen an den Aktienbörsen.

NÜTZLICHE & EXZESSIVE SPEKULATION

An den Warenterminbörsen werden Verträge über den Kauf und den Verkauf von Getreide und anderen Agrarprodukten abgeschlossen, aber erst in der Zukunft abgewickelt. Bei einem sogenannten «Future»-Kontrakt wird eine bestimmte Menge auf einen bestimmten Termin zu einem im Voraus fixierten Preis verkauft. Traditionell erfüllen Warenterminmärkte zwei wichtige Funktionen. Erstens können sich die am Handel mit Agrargütern beteiligten Akteure durch den vorzeitigen Kauf bzw. Verkauf gegen später eintretende Preisschwankungen absichern. Zweitens dienen die an den Terminmärkten erzielten Preise als Orientierung für die Aushandlung der Preise beim Handel mit der physischen Ware. Der Nutzen der Spekulation wird deshalb von niemandem grundsätzlich infrage gestellt.

BEISPIEL: Eine Bäuerin will ihre zukünftige Ernte gegen fallende Preise absichern und sicher sein, dass sie die Ernte zum aktuellen Preis von 200.- CHF/t verkaufen kann. Sie kauft daher über ihre Bank Weizen-Futures im Umfang der von ihr erwarteten Ernte. Es handelt sich dabei um sogenannte «Short-Positionen», das heisst, die Investition macht einen Gewinn bei fallenden Kursen.



FALLENDE KURSE:

Kurz vor der Ernte ist der Kurs von Weizen auf 150 CHF/t gefallen. Die Bäuerin löst ihre Short-Position ein. Da der Kurs sank, erzielt sie einen Gewinn von 50 CHF/t. Nach Abzug der Transaktionskosten bleiben davon 48 CHF/t übrig. Die Bäuerin erntet ihren Weizen und bekommt dafür vom Grosshändler 150 CHF/t. Zusammen mit ihrem Börsengewinn erzielt sie Einnahmen in Höhe von 198 CHF/t.



STEIGENDE KURSE:

Kurz vor der Ernte ist der Kurs von Weizen auf 250 CHF/t gestiegen. Die Bäuerin löst ihre Short-Position ein. Da der Kurs stieg, verliert sie 50 CHF/t. Durch Transaktionskosten beträgt ihr Verlust insgesamt 52 CHF/t. Die Bäuerin erntet ihren Weizen und bekommt dafür vom Grosshändler 250 CHF/t. Nach Abzug ihres Börsenverlustes erzielt sie Einnahmen in Höhe von 198 CHF/t.

RESULTAT: In beiden Fällen hat die Bäuerin denselben Betrag erwirtschaftet, nämlich 200.- CHF/t minus die Transaktionskosten für die Bank. So hat sie die Sicherheit bekommen, auch bei einem schlechten Kursverlauf ihre Kosten decken zu können und Gewinn zu machen. (Quelle: Oxfam)

Produzenten und Verarbeiter treten an der Börse auf – aber auch Zwischenhändler. Bis die Ware effektiv geliefert wird, kann sie beliebig oft hin und her verkauft werden. Bis spät in die 1990er-Jahre wickelten die Zwischenhändler nur einen kleinen Teil der gesamten Rohstoffbörsengeschäfte ab. Ihr Spielraum war regulatorisch beschränkt. Das änderte sich um die Jahrtausendwende. US-Banken durften nun alle Arten von Finanzgeschäften tätigen und expandierten u.a. ins Geschäft mit Rohstoffen. Ein neues Gesetz befreite zudem den ausserbörslich getätigten Derivatehandel von jeglicher Aufsicht. Zugleich wurden Begrenzungen im Börsenhandel mit Rohstoffen aufgehoben oder zumindest gelockert. Die Deregulierung öffnete die Schleusen für die Rohstoffinvestoren. Sie prägten bald das Börsengeschehen. Finanzinvestoren, Banken, Hedgefonds und institutionelle Anleger setzten in den Krisenjahren 80 Prozent oder noch mehr aller Kontrakte an den Agrarrohstoffbörsen um.

sen. Anlagen in Rohstoffe rentierten, wenn es bei den Aktien weniger gut lief – und umgekehrt erlitten sie Einbussen, wenn die Aktien Kursgewinne verbuchten. Die Banken priesen Rohstoffanlagen deshalb als ideale Ergänzung zu Aktienkäufen an. Dem ist nicht mehr so, wie die UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in mehreren Studien aufzeigt. Rohstoffe und Aktien entwickelten sich plötzlich in gleicher Richtung. Auch der Ölpreis folgt den gleichen Trends.

Für die neuen Spekulanten auf den Rohstoffmärkten, die in Sekundenbruchteilen für Käufe und Verkäufe grosse Geldbeträge bewegen, spielen eben andere Faktoren eine Rolle als für die Händler, die an physischen Warenlieferungen interessiert sind. Die neuen Dealer leben geradezu von Preisschwankungen – nach oben oder nach unten, wie auf jedem anderen Finanzmarkt auch. Und starke Preisausschläge sind von besonderem Reiz. Verzerrte Preise nennt man das häufig. Sie überzeichnen die realen Verhältnisse. Das räumen selbst Autoren ein, welche die Kritik an der Spekulation zurückweisen. So bezeichnet der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse in einem Dossier über den «Handel mit Agrarrohstoffen» die Kritik an Lebensmittelspekulationen als «wenig sorgfältig», stellt aber trotzdem fest: «Verzerrte Preise können länger als üblich Bestand haben und eine (...) Blase könnte sich dadurch über mehrere Monate halten.» Für die Ärmsten in den armen Ländern sind dabei selbst ein paar Monate eine zu lange Zeit. Die Erfahrungen in den Perioden 2007/08 und 2010/11 sind der traurige Beleg dafür. Eine solche «Blase» entscheidet über Leben und Tod bei Menschen, die zwei Drittel oder gar drei Viertel ihrer Einkünfte für die Ernährung ausgeben müssen. Oder wie die Buchautorin Ulrike Herrmann in ihrem Bestseller «Der Sieg des Kapitals» prägnant formulierte: «Langfristig passen sich die Terminmärkte an die Fundamentaldaten an. Aber dies kann Monate dauern – oft zu lange für einen hungernden Menschen.» Das Herdenverhalten der Anleger neigt zu Übertreibungen – erst recht, wenn die Märkte unreguliert sind und verlässliche Informationen über das wirkliche Angebot landwirtschaftlicher Güter fehlen. Und tatsächlich: Der Informationsstand über das Marktgeschehen ist prekär. Die grossen Akteure (siehe S. 9) haben es auf Geheimhaltung abgesehen. Die Regulatoren haben es ihnen erlaubt, ihre Geschäfte in «dark pools» abseits der Börsenplätze zu verlegen – fern von jeglichen Kontrollen. Es gibt keine

Transparenz über die Transaktionen und die damit verbundenen Risiken. Forscher der Entwicklungsagentur Weltbank sind denn auch überzeugt: «Während es unwahrscheinlich ist, dass die Investitionen (in Rohstoffanlagen) die langfristigen Preistrends bestimmen, so verursachen sie aber mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit die Preisschwankungen.»

Die Politik bremst – ein wenig

Die G-20-Staaten reagierten auf die Kritik an der Spekulation. Sie wollen sie nicht verbieten, aber begrenzen. Die USA und die EU haben Massnahmen beschlossen. Die einzelnen Händler dürfen nicht mehr beliebig grosse Investitionen tätigen. Der Handel soll transparent werden und deshalb über Börsen oder zumindest börsenähnliche Plattformen stattfinden. Der rein auf Profit und Margen ausgerichtete Hochfrequenzhandel, der auf computergestützten Programmen basiert und in Millisekunden getätigt wird, soll eingeschränkt werden. Die Massnahmen zur Begrenzung und für Transparenz zielen in die richtige Richtung, meint die spekulationskritische Wissenschaftlerin Karin Küblböck von der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). Die Stiftung untersucht in einem breit angelegten Projekt die Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und Rohstoffboom und begutachtet die Massnahmen, welche die Politik ergreift. Doch die Wissenschaftlerin fordert weitergehende Massnahmen. Begrenzungen sollten nicht nur einzelnen Händlern auferlegt werden, sondern auch ganzen Händlergruppen – wie Hedgefonds, die vor allem von Preisschwankungen profitieren wollen. Karin Küblböck meint: «Der Eigenhandel der Banken

GLOSSAR

Derivate: Jegliche Art von Finanztermingeschäften, die an oder ausserhalb der Börse gehandelt werden und die an die Entwicklung eines Basiswerts (z.B. Aktien, Rohstoffe, Devisen) gebunden oder davon abgeleitet sind.

Hedgefonds: Nicht-öffentliche Anlageinstrumente. Sie zählen zu den «Schattenbanken», die bisher kaum staatlichen Auflagen unterworfen sind.

Eigenhandel: Der Handel mit Wertpapieren, den Banken im eigenen Namen und auf eigene Rechnung statt im Auftrag von Kunden betreiben.

Dark Pools: Bank- und börseninterne Handelsplattformen für den anonymen Handel mit Finanzprodukten. Zentrales Merkmal ist die fehlende Transparenz und Kontrolle.

mit Rohstoffderivaten sollte verboten werden.» Und um starke Preisausschläge zu verhindern, schlägt Karin Küblböck die Einführung einer flexiblen Transaktionssteuer vor. Die Steuer würde sich in turbulenten Preisperioden automatisch erhöhen. Durch die Verteuerung würden Händler abgeschreckt. Dadurch sollte sich die Lage wieder stabilisieren. In ruhigen Phasen läge die Steuer hingegen bei praktisch null und würde das Marktgeschehen nicht bremsen. Küblböck gibt aber zu bedenken, dass sich die unerwünschte Spekulation nicht eindeutig von der sinnvollen Spekulation trennen lasse. Deshalb könne man nicht nur verbieten. Die Wissenschaftlerin ist aber überzeugt, dass «man Strategien verfolgen kann mit dem Ziel, die exzessive Spekulation zurückzudrängen». Sie plädiert für verschiedene Massnahmen: «Diese können von Auflagen über Beschränkungen bis zu einzelnen Verboten reichen.»

Die Schweiz im Nachvollzug

Die neuen Regulierungen der EU und der USA bringen die Schweiz in Zugzwang. Würde sie «nicht nachvollziehen, was in Brüssel entschieden wurde», könnte es für die Schweiz ungemütlich werden, schreibt der Bundesrat in seiner Vernehmlassung von Ende November 2013 für ein neues Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastruktur (FinfraG). Der Zugang zum EU-Markt wäre gefährdet. Die Schweiz riskierte gemäss Bundesrat einen «massiven, wenn nicht ruinösen Rückgang der Geschäftstätigkeit» bei den Grossbanken. Er strebt deshalb mit dem neuen Bundesgesetz eine «möglichst EU-konforme Regulierung» an. Für Bankenprofessor Marc Chesney von der Universität Zürich gehen die Bundesratsvorschläge allerdings zu wenig weit. Er begrüsst zwar, dass das neue Gesetz Transparenz schaffen soll und die Investitionen künftig auf Börsen und andere elektronische Handelsplattformen verlagert werden sollen. «Aber es reicht nicht. Es sind zu viele ausserbörslich gehandelte Derivateprodukte im Umlauf.»

Ende des Superzyklus?

Seit 2013 haben sich die Agrarbörsen vergleichsweise beruhigt. Die Euphorie der Rohstoffanalysten ist abgeklungen. Medienüberschriften lauten nun «Die geplatze Blase», «Mythos Superzyklus» und ähnlich. Die Anlagen in Rohstoffen glänzen nicht mehr wie Gold. Oder wie der Anlage-Manager

John Ventre vom «Skandia Diversified Fund» meint: «Die jüngsten Marktaktivitäten haben deutlich gemacht, dass zu viele Anleger in den gleichen Positionen engagiert waren – der klassische Fall eines Herdentriebs.» Inzwischen ist die Herde weitergezogen. Die Anleger suchten zuletzt ihr Glück in Aktien oder Devisen. Der renommierte und umstrittene US-amerikanische Wissenschaftler Scott H. Irwin, der Investitionen in Rohstoffe als attraktive Anlage gepriesen hatte, leckt in einer zusammen mit anderen Autoren publizierten Studie seine Wunden und fragt schon fast verzweifelt, wie sie nur so falsch liegen konnten? Die meisten Rohstoff-Fonds hätten in den letzten Jahren schlicht keine Rendite gebracht, stellen die Autoren in einer im Frühjahr 2013 publizierten Studie fest. Doch die Lage bleibt labil. Die Anleger-Herde kann schnell zurückkehren, solange die Möglichkeiten für die Spekulation mit Nahrungsmitteln nicht eingeschränkt werden. Es könnte dann wieder passieren, was die Forscher des «New England Complex Systems Institute» in ihrer jüngsten Studie über den Zusammenhang von steigenden Agrarpreisen und sozialer Revolte in Südafrika nachgewiesen haben. Die Mineure und Landarbeiter streikten für massive Lohnerhöhungen als Reaktion auf die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise. Sie führten zu den schwersten Unruhen seit dem Ende der Apartheid.

Text

MARKUS MUGGLIN

ist Publizist und Ökonom lic.oec. der Universität St.Gallen

Illustrationen

JÖRG KÜHNI, TRUC

LINKS ZUM THEMA

Nahrungsmittelspekulation – (Klein Problem?, Studie im Auftrag von Alliance Sud, Bern 2014

www.alliancesud.ch/de/publikationen/buecher/nahrungsmittelspekulation-k-ein-problem

Schadet oder nützt die Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen? – Ein Literaturüberblick zum aktuellen Stand der empirischen Forschung

wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=27396&elem=2624087

Finanzmarktspekulation und Nahrungsmittelpreise: Anmerkungen zum Stand der Forschung

www.foodwatch.org/uploads/media/2013-11-21_Basis_Finanzspekulation_und_Nahrungsmittelpreise.pdf

Zum Einfluss von Finanzinvestoren, die «Finanzialisierung» der Rohstoffmärkte und notwendige politische Reformen

media.arbeiterkammer.at/PDF/EU_InfoBrief_5_2013.pdf

Auf www.tabula.ch finden Sie im PDF der aktuellen Ausgabe die elektronischen Links zum Anklicken.

Agrarhandels-Grossmacht Schweiz

Die Schweiz ist in den letzten zehn Jahren zur Rohstoffhandels-Grossmacht aufgestiegen. Sie dominiert den physischen Handel mehrerer Agrarrohstoffe. Rund die Hälfte des Kaffee- und Zuckerhandels wird von der Genfersee-Region aus gelenkt. Auch im Handel mit Getreide, Ölsaaten und Baumwolle ist die Schweiz weltweit die Nummer eins. Die grossen Handelshäuser sind unter dem Kürzel ABCD bekannt. A steht für Archer Daniels Midland (ADM), B für Bunge, C für Cargill und D für Louis Dreyfus. Die ersten drei haben ihren Hauptsitz in den USA, Louis Dreyfus in Frankreich. Alle vier haben Niederlassungen in der Schweiz. Dazu kommt GlencoreXstrata. Der in Baar domizilierte Grosskonzern hat zwar vor allem im Bergbau und Energiesektor investiert, neuerdings aber auch sehr stark im Geschäft mit Getreide und Ölsaaten. Mit Vitol, Mercuria und Gunvor sind kürzlich drei weitere Schweizer Unternehmen in den Agrarhandel eingestiegen. Wie mächtig die grossen Rohstoffhändler sind, lässt sich nur erahnen. Man weiss wenig über ihre Geschäftspraktiken, über ihre Rolle als Investoren, über ihre Lagerhaltung und ihren Einfluss auf die Preisentwicklung. Auch der Bundesrat hat im «Grundlagenbericht Rohstoffe» festgestellt, dass die physischen Rohstoffhändler «keiner Marktaufsicht unterworfen» sind. Der Schweizer Börsenplatz für Rohstoffe spielt keine grosse Rolle. Schweizerische Investitionen in Rohstoffe werden zum grössten Teil grenzüberschreitend im EU-Raum getätigt. Die beiden Grossbanken Credit Suisse und UBS sind dabei sehr aktiv und zählen zu den wichtigsten Akteuren auf diesem Markt. Laut Recherchen von «Brot für alle», «Fastenopfer» und «Alliance Sud» beliefen sich die Investitionen von zehn Schweizer Banken in Derivate auf landwirtschaftliche Produkte im Frühsommer 2013 auf rund 3,6 Milliarden Franken. Mehr als zwei Drittel davon entfielen auf die Credit Suisse. Es folgten die UBS und die J. Safra Sarasin mit je rund 350 Millionen Franken. Mehrere europäische Banken reagierten auf die Anti-Spekulationskampagnen mit dem Rückzug aus dem Handel mit Agrarrohstoffen. In Deutschland hat sich gar ein Grossteil der öffentlichen Banken aus der Spekulation mit Nahrungsmitteln zurückgezogen. Anders in der Schweiz. Keine Bank hat sich zum vollständigen Rückzug bekannt. Die Credit Suisse und die Zürcher Kantonalbank haben einen teilweisen Ausstieg versprochen. Die Bank J.Safra Sarasin anerkennt, dass die Spekulation mit Nahrungsmittelrohstoffen problematische Wirkung haben



kann. Deshalb investiert sie bewusst antizyklisch und will so Preisschwankungen abschwächen. Die Fondsmanager würden verkaufen, wenn die Preise steigen, und kaufen, wenn die Preise sinken. Keinen Rückzug erwägen laut Medienberichten die UBS, Julius Bär und Vontobel. Hilfswerke lassen aber nicht locker und versuchen die Banken über die Anleger unter Druck zu setzen. Diese sollten sicherstellen, dass Banken und Pensionskassen nicht mit ihrem Geld auf Nahrungsmittel spekulieren. Die auf nachhaltige Investitionen spezialisierte Robeco-SAM distanziert sich hingegen ausdrücklich von der Spekulation mit Nahrungsmitteln. In einer 2012 publizierten Studie erklärte die Investitionsgesellschaft: «SAM tätigt keine spekulativen Wetten auf kurzfristige Kursbewegungen an den Rohstoffmärkten.»

INITIATIVE GEGEN DIE SPEKULATION

Im März dieses Jahres wurde die Verfassungsinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» mit rund 117'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Die von den Jungsozialisten zusammen mit den Hilfswerken Swissaid und Solidar Suisse lancierte Initiative will Investitionen in Finanzinstrumente, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen, untersagen. Betroffen wären Banken, Effektenhändler, Privatversicherungen, kollektive Kapitalanlagen und ihre mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung befassten Personen, Einrichtungen der Sozialversicherung und andere institutionelle Anleger sowie unabhängige Vermögensverwalter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz. Zulässig wären einzig noch Verträge mit Produzenten und Händlern über die terminliche und preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen.